

Ostritz stellt Wärmefahrplan für die Zukunft vor

Die Stadt Ostritz hat gemeinsam mit SachsenEnergie und seecon Ingenieure die Kommunale Wärmeplanung abgeschlossen und damit einen wichtigen Schritt für die zukünftige Energieversorgung getan. Der Wärmeplan zeigt, wie die Wärmeversorgung der Stadt langfristig gesichert, klimafreundlich gestaltet und wirtschaftlich tragfähig weiterentwickelt werden kann. Er bietet erstmals einen umfassenden Überblick über die heutige Versorgungssituation und zeigt auf, welche Optionen sich für die kommenden Jahrzehnte ergeben.

Aktuelle Wärmesituation in Ostritz

Die Analyse der Wärmeplanung macht deutlich, dass Ostritz bereits über eine vergleichsweise gute Ausgangslage verfügt. Durch das bestehende Wärmenetz, das auf Holzhackschnitzel setzt, stammt heute rund die Hälfte der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien, ergänzt durch erneuerbaren Strom und Nahwärme. Die andere Hälfte wird weiterhin überwiegend mit Heizöl erzeugt. Zwischen den Ortsteilen bestehen dabei deutliche Unterschiede: Während der Ortsteil Ostritz bereits weitgehend an das Fernwärmenetz angeschlossen ist, wird Leuba momentan über ein Erdgasnetz und verschiedene dezentrale Heizlösungen versorgt.

Mögliche Ausbaugebiete für die Fernwärme

Für Ostritz wurden mehrere Bereiche identifiziert, in denen ein weiterer Ausbau oder eine Verdichtung des Wärmenetzes sinnvoll sein könnte. Bevor Entscheidungen getroffen werden, sollen jedoch zunächst mögliche Anschlussinteressierte befragt und technische Machbarkeiten geprüft werden. Im Ortsteil Leuba spielt das vorhandene Erdgasnetz eine besondere Rolle: Es ist nach Angaben der Stadtwerke Görlitz grundsätzlich wasserstofftauglich. Da derzeit jedoch Unsicherheiten zu Preisentwicklung, Verfügbarkeit und gesetzlichen Rahmenbedingungen bestehen, wird dieser Bereich im Wärmeplan als Prüfgebiet eingestuft, das zu einem späteren Zeitpunkt erneut bewertet werden muss.

Für Gebiete, die nicht an ein Wärmenetz angeschlossen werden können, zeigt die Wärmeplanung alternative Wege auf. Hier werden auch künftig individuelle Heizlösungen wie Wärmepumpen, Solarthermie, Biomasse oder sogenannte Insellösungen eine zentrale Rolle spielen.

Was die Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger bedeuten

Bürgermeisterin Stephanie Rikl betonte bei der Präsentation die Bedeutung des Wärmeplans für die langfristige Entwicklung der Stadt. Die Wärmewende sei nicht nur eine technische Aufgabe, sondern betreffe das Wohnen, Leben und Wirtschaften in Ostritz in grundlegender Weise. Der Wärmeplan schaffe Transparenz und ermögliche es, Investitionen künftig gut vorzubereiten und zu priorisieren. Besonders wichtig war ihr der Hinweis, dass die Wärmeplanung **keine Verpflichtung zum Austausch bestehender Heizungen** auslöst. Bestehende Systeme könnten weiterhin genutzt werden; die Analyse diene vor allem als Orientierung für Bürgerinnen und Bürger sowie für Verwaltung und Unternehmen.

Je nach Lage des Gebäudes ergeben sich unterschiedliche Empfehlungen: Im Bereich des bestehenden oder möglichen Wärmenetzes können sich Eigentümerinnen und Eigentümer über den aktuellen Stand informieren und bei Bedarf eine Anschlussanfrage stellen. Im Erdgasbereich, der zugleich als Prüfgebiet für eine mögliche spätere Wasserstoffnutzung gilt, empfiehlt die Stadt, politische Entscheidungen und

technische Entwicklungen abzuwarten und geplante Heizungstausche individuell prüfen zu lassen. In den dezentralen Bereichen bleibt die individuelle Versorgung üblich; hier unterstützen Energieberatungen, Sanierungsfahrpläne, lokale Handwerksbetriebe oder die Ansprechpersonen in der Stadtverwaltung.

Ansprechpartnerin für Fernwärmeinteressierte

Bürgerinnen und Bürger, die sich für einen möglichen Fernwärmeanschluss interessieren, können sich direkt an die Technischen Werke Ostritz wenden. Ansprechpartnerin ist **Frau Kotz**, erreichbar telefonisch unter **035823 86254** oder per E-Mail an **two@gesellschaften-ostritz.de**.

Wie der Wärmeplan erarbeitet wurde

Die Erstellung des Wärmeplans begann im Juni 2025 und dauerte rund zehn Monate. Währenddessen wurden Verbrauchsdaten analysiert, Karten und energetische Potenziale ausgewertet sowie verschiedene Versorgungsszenarien verglichen. Der Prozess war geprägt von einer engen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Ostritz, SachsenEnergie, dem Ingenieurbüro seecon und den Technischen Werken Ostritz. Zusätzlich wurden politische Gremien eingebunden und Bürgerinnen und Bürger erhielten über Informationsangebote die Möglichkeit, ihre Perspektiven einzubringen. Gefördert wurde das Projekt über die Nationale Klimaschutzinitiative.

Nächste Schritte: Vom Konzept zur Umsetzung

Der Abschlussbericht wird nun um letzte Hinweise ergänzt und anschließend dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Parallel beginnt die Stadt bereits damit, einzelne Maßnahmen weiter zu vertiefen. Dazu gehören technische und wirtschaftliche Untersuchungen in potenziellen Wärmenetzgebieten, Gespräche mit möglichen Partnern, die Prüfung geeigneter Förderprogramme sowie weitere Informationsangebote für die Bevölkerung.

Der vollständige Wärmeplan wird voraussichtlich **im April** nach dem Stadtratsbeschluss veröffentlicht und digital auf der Website der Stadt Ostritz zur Verfügung stehen.

Zudem kann im Rathaus ein Termin zur persönlichen Einsichtnahme vereinbart werden. Die Wärmeplanung wird gemäß gesetzlichen Vorgaben künftig alle fünf Jahre überprüft und fortgeschrieben.

Nationale Klimaschutzinitiative

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert die Bundesregierung seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages